

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:
Dezernat II, Tiefbauamt

Betreff:

Radverkehrsanlage Mannheimer Straße

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 30. Mai 2011

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Wieblingen	31.03.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	04.05.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	26.05.2011	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Bezirksbeirat Wieblingen und der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss empfehlen dem Gemeinderat die bereits vorgestellte Variante 2 zu beschließen.

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Bild Variante 2

Sitzung des Bezirksbeirates Wieblingen vom 31.03.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Wieblingen vom 31.03.2011

1 Radverkehrsanlage Mannheimer Straße

Beschlussvorlage 0080/2011/BV

Herr Kuch vom Amt für Verkehrsmanagement teilt mit, dass im Doppelhaushalt 2011/2012 für die Umsetzung der Maßnahme „Radverkehrsanlage Mannheimer Straße“ insgesamt 500.000 € vorgesehen seien. Anhand der aufgehängten Pläne erläutert Herr Kuch ausführlich die vorgeschlagene Variante der Verwaltung.

Die vorgeschlagene Variante der Verwaltung beinhaltet folgende Einzelmaßnahmen:

- Verbreiterung des flussseitigen Geh- und Radweges zwischen Liselottestraße und der Ludwig-Guttman-Straße auf eine Breite von 2,25 – 2,50 Meter.
- Verbreiterung der Wartefläche an der landwärtigen Bushaltestelle Lerchenbuckel.
- Anlage eines durchgehenden Radfahrstreifens stadteinwärts von der Liselottestraße bis zum Wehrsteg Wieblingen.
- Anlage einer Querungshilfe über die Mannheimer Straße in Höhe Wehrsteg Wieblingen.
- Ausweisung des Geh- und Radweges stadteinwärts als Gehweg mit „Radfahrer frei“.

Aus der Mitte des Bezirksbeirates wird folgender **Antrag** formuliert und von Herrn Schmidt zur Abstimmung gestellt:

Der Bezirksbeirat Wieblingen wünscht die Einrichtung eines Wartehäuschens an der Haltestelle Lerchenbuckel und die Verbreiterung der Aufstellfläche an der Haltestelle Lerchenbuckel bis zur Fußgängerampel.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen.

Beschlussvorschlag des Bezirksbeirates Wieblingen:

Der Bezirksbeirat Wieblingen empfiehlt dem Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und dem Gemeinderat die bereits vorgestellte Variante 2 mit folgenden Ergänzungen zu beschließen:

- 1. Einrichtung eines Wartehäuschens an der Haltestelle Lerchenbuckel.**
- 2. Verbreiterung der Aufstellfläche an der Haltestelle Lerchenbuckel bis zur Fußgängerampel.**

gezeichnet

Hans Joachim Schmidt

Vorsitzender

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Ergänzung
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 04.05.2011

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 26.05.2011

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 26.05.2011:

11 Radverkehrsanlage Mannheimer Straße
Beschlussvorlage 0080/2011/BV

Oberbürgermeister Dr. Würzner stellt die Beschlussempfehlung des Bezirksbeirates Wieblingen zur Abstimmung:

Beschluss des Gemeinderates:

Der Gemeinderat beschließt die bereits vorgestellte Variante 2 mit folgenden Ergänzungen:

- 1. Einrichtung eines Wartehäuschens an der Haltestelle Lerchenbuckel.**
- 2. Verbreiterung der Aufstellfläche an der Haltestelle Lerchenbuckel bis zur Fußgängerampel**

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: einstimmig beschlossen

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
MO1	+	Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern Begründung: Förderung des Fahrradverkehrs durch Anlegen eines Schutzstreifens westlich der Mannheimer Straße.
MO4	+	Ausbau und Verbesserung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur Begründung: Erhöhung der Verkehrssicherheit.
MO6	+	Mehr Mobilität ohne motorisierten Verkehr. Begründung: Mit Umsetzung des stadteinwärts angelegten Schutzstreifens wird für den Radverkehr eine attraktivere Verbindung geschaffen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

Mit der Informationsvorlage 0173/2010/IV wurde der Bezirksbeirat über die Planungen zur Radverkehrsanlage Mannheimer Straße und die damals dafür vorgesehenen Finanzmittel informiert. Der Bezirksbeirat hat die dargestellte Planung in seiner Sitzung vom 25.11.2010 abgelehnt.

Im Doppelhaushalt 2011/2012 sind nun für die Umsetzung dieser Maßnahme insgesamt 500.000 € (Teilhaushalt 66 PSP. 8.66110911) vorgesehen. Die Verwaltung schlägt nun vor, die Variante 2 der in der Sitzung des Bezirksbeirates vom 09.07.2009 vorgestellten Alternativen umzusetzen.

Diese Variante (Anlage) beinhaltet folgende Einzelmaßnahmen:

- Verbreiterung des flussseitigen Geh- und Radweges zwischen Liselottestraße und der Ludwig-Guttman-Straße auf eine Breite von 2,25 – 2,50 Meter.
- Verbreiterung der Wartefläche an der landwärtigen Bushaltestelle Lerchenbuckel.
- Anlage eines durchgehenden stadtwärtigen Fahrradstreifens von der Liselottestraße bis zum Wehrsteg Wieblingen.
- Anlage einer Querungshilfe über die Mannheimer Straße in Höhe Wehrsteg Wieblingen.

Der Geh-/Radweg soll in stadtwärtiger Richtung weiter für Radfahrer benutzbar bleiben – als „Gehweg Radfahrer frei“. Die Abmarkierung des Radstreifens wird den Querschnitt der Mannheimer Straße einengen. Hierdurch wird der heute überbreite Querschnitt (hier verlief früher die Bundesstraße B 37) verengt und damit durch Geschwindigkeitsdämpfung zur Verkehrssicherheit beitragen.

In der Sitzung der AG Rad am 27.01.2011 wurde diese Maßnahme erneut besprochen. Die AG Rad spricht sich einhellig für die Umsetzung dieses Vorschlags der Verwaltung aus.

gezeichnet

Bernd Stadel